Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 7
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung
Fernsprecher 70 und 82. Postscheck 29

18 — 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frk. 11.00.
Zahlungsorte: Die geschäftlichen und amtlichen Stellen Frk., Deutschland 10 Pfg. Deutsche Ausgaben 50 Pfg.

Nr. 276 — Saarlouis, Samstag, den 3. Dezember 1927. — 56. Jahrgang

Die Beratungen in Genf.

Der Sicherheitsausschuß.

Genf, 2. Dez. Am Donnerstag nachmittag fanden verschiedene vertrauliche Beratungen der Mitglieder des Sicherheitsausschusses der vorbereitenden Abrüstungskonferenz unterzeichnet mit dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond statt. Die Beratungen galten insbesondere der Frage des Meistbestandes des Ausschusses sowie der Frage der für die Unterausschüsse zu ernennenden Persönlichkeiten.

Kein amerikanischer Beobachter im Sicherheitsausschuß.

Berlin, 2. Dez. Nach einer Washingtoner Meldung beabsichtigt die amerikanische Regierung, der Einladung zur Entsendung eines Beobachters zum Genfer Sicherheitsausschuß nicht Folge zu leisten.

Chamberlain und die russische Delegation.

London, 2. Dez. Ihrer Genfer Berichterstatterin des „Daily Express" gegenüber erklärte Chamberlain, die Sowjetregierung habe nicht den Versuch gehabt, durch bolschewistische Verhandlungen mit anderen Mächten eine befriedigende Regelung der Frage der russischen Vorkriegsschulden zu erzielen. Aber die Zeit dafür kommen, wo das Volk Großbritannien nicht mehr vom Verkehr mit Rußland ausschließen wolle. Sicher sei, daß ohne Verhandlungen der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Rußland und Großbritannien kaum erwartet werden könne. Das Zustandekommen eines zweiten Chamberlain und den Russen dürfte es in Genf aber nicht kommen, da die Russen bereits am Sonntag abreisen werden, Chamberlain aber erst am größten Tage in Paris erwartet wird, um mit Briand gemeinsam im Lande des nächsten Tages die Weiterreise nach Genf anzutreten.

Ein Lob für Graf Bernstorff.

Genf, 2. Dez. „Journal de Genève" erkennt das Bemerkenswerte an dem überraschend glatten Verlauf der gestrigen Verhandlungen der Minderheitskommission dem deutschen Delegationsführer Graafen Bernstorff zu, dessen Anteil der russischen Erklärung Ruhe Wert gehabt habe. Mit seinem Antrag, die Debatte über den russischen Antrag mit der zweiten Lesung des Konventionsentwurfes zu verbinden, habe er der Kommission und den Russen einen Ausweg aus einer großen Verlegenheit gezeigt. Zur deutschen Antrag ist die Gestaltung des gestrigen Tages und die Mission eines Diplomaten von großem Wissenschaftlichen Ruf dieser Weise sei alle Welt beschlossen. Die Deutschen, seit die zweite Lesung für sich beschlossen und nahgelegtes Datum erreicht sei, die Russen, weil ihre Vorschläge nicht abgelehnt wurden und schließlich die Kommission selbst, weil sie aus einer schweren Verlegenheit befreit wurde. Diese allgemeine Genugtuung verdeutlichen man dem Grafen Bernstorff.

Englands Stellungnahme zur Abrüstung.

London, 2. Dez. In einer Rede, die Sir Herbert Samuel in der Londoner Universität hielt, erklärte Redner, Europa sei nicht in der Lage, die Abrüstung des Heeres, der Flotte und der Luftstreitkräfte so weit abzustellen, wie die Sowjetregierung. Die Forderung derartiger Maßnahmen sei unrichtig, daß trotzdem ein diplomatischer Sieg im Triumphzug durch das entwaffnete und wehrlose Europa marschieren, und eine Hauptstadt nach der anderen besetzen wird.

Bruch zwischen Peking und Tokio?

Berlin, 2. Dez. Nach einem Pekinger Funkspruch des „Berliner Lokalanzeigers" hat der chinesisch-japanische Streit in der Mandschurei-Frage jetzt zu einem offenen Konflikt in den bisher freundschaftlichen Beziehungen zu Japan geführt. Tatsächlich ist durch die amerikanisch-japanische Ab Millionen-Anleihe für die japanischen Eisenbahnlinien in der südlichen Mandschurei durch beunruhigt, weil darin eine Zustimmung Amerikas zu den japanischen Annexionsplänen hinsichtlich der Mandschurei und eine Ermutigung Amerikas an die nordchinesische Friedensbewegung. Japan hat aber, Japan-Kenner, Begründen man die widersprechen Presse. Nachgeschieden als Mittel und erklärt, Japan werde sie mit einem Partei Druck auf die Pekinger Regierung beantworten müssen. Demgegenüber hat die Pekinger Regierung bei amtlichen Stellen, mit der Aufhebung des chinesisch-japanischen Vertrages zu antworten. Im übrigen gilt die japanische Bahnanleihe in Peking bereits als geschlossen.

Es regt sich in Schanghai.

London, 2. Dez. Wie aus Schanghai gemeldet wird, wurden heute die japanischen Marinetruppen Widerstand gelegene Spinnereien durch eine Feuersbrunst zerstört. Man nimmt an, daß es sich um Brandstiftung handelt. Der Gouverneur hat sich mit 3 Millionen Dollars. Bewaffnete Mitglieder verhandelten die Streikenden am Verkehr und verletzten zwei Polizeibeamte sowie eine die Kinder bewaffnete Europäerin. Zwei Engländerinnen wurden von der Polizei überprüfen.

Zusammenstoß Mussolinis mit Briand?

London, 2. Dez. Der römische Vertreter des „Daily Telegraph" meldet, daß in Rom verlautet, daß Mussolini angeregt sei, auf die Einladung Briands zu einer Konferenz treffen in Genf eingehen, wenn, daß Mussolini im voraus die Versicherung erhalten könne, daß sich aus dieser Zusammenkunft endlich praktische Erfolge ergeben. Mussolini könne eher die Einladung erst dann in Erwägung ziehen, wenn die Initiative von Briand ausgeht.

Vertrauensvotum für die neue belgische Regierung.

Brüssel, 2. Dez. Die belgische Kammer nahm gestern mit 95 gegen 66 Stimmen ein Vertrauensvotum für die neue belgische Regierung an. 24 Abgeordnete nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Die Sprachenfrage im Elsaß.

Paris, 2. Dez. Die Liga für Menschenrechte veröffentlicht eine Entschließung in der im Zusammenhang mit dem Verbot der drei autonomistischen Zeitungen im Elsaß auf die unitarre Lage in der Sprachenfrage hingewiesen und die Regierung aufgefordert wird, einen neuen Entwurf vorzulegen, damit der in fremder Sprache erschienenen Presse die gleiche Behandlung gesichert wird wie der französischen Presse. Die französische Regierung soll in ihrer berechtigten Sorge um die Verteidigung der französischen Einrichtungen und der nationalen Freiheit in Zukunft auf die Zeitungsverkäufen und die Zeitungsverbote verzichten und im Falle von großen Verstehungen nur die Schuldigen vor ein Gericht stellen und sich allein auf die Rechtsprechung verlassen.

Paris, 2. Dez. Wie aus Straßburg gemeldet wird, wurde gestern der ehemalige Lehrer und Chefredakteur des „Kolmarer Kurier", Rossé, im Zusammenhang mit der illegalen elsässischen Gesellschaft für industrielle Beteiligung verhaftet.

Vorab für die Freigabe des Eigentums.

Neuyork, 2. Dez. Wie aus Washington gemeldet wird, hielt dort bei der Steuben-Feier Senator Borah eine Rede, in der er nachdrücklich für die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums eintrat. Borah erklärte, Gerechtigkeit sei Pflicht Amerikas besonders Preußen gegenüber, weil dieses, als das Deutschland Bismarcks, auch in einem Vertrag mit Amerika die Achtung des privaten Rechtes anerkannt habe. Die Entwaffnungsklausel des Versailler Vertrages bezeichnet Borah als die moralisch verwerflichste Bestimmung, die je ein Friedensvertrag enthalten habe. Deutschlands Kämpfe für den Frieden, während die alliierten Abgeordneten ein Weltbilden abgeleiteten eingeleitet hätten.

Verbannung Trotzkis und Sinowjews nach Deutschland?

Paris, 2. Dez. Der „Intransigeant" veröffentlicht eine sensationelle Meldung, wonach in Moskau angeblich eine Verbannung Trotzkis, Sinowjews und 10 anderer Führer der Opposition nach Deutschland geplant sein soll. Angeblich soll der Berliner russische Botschafter bereits benachrichtigt worden sein, sich bei der Reichsregierung zu erkundigen, ob Pläne für die betreffenden ausgeschlossen werden können.

Die nächsten Landesratswahlen

finden am 25. März 1928 statt. Wenn wir auch die politische Bedeutung dieser Wahlen nicht überschätzen wollen, so sind wir uns doch darüber klar, daß der Ausgang der Wahlen von großem Einfluß auf das Geschick unserer engeren Heimat sein wird. Bald beginnt das Ringen um die politische Führung. Es gilt für uns, wachsam zu sein und nicht locker zu lassen in dem Kampfe, der uns die absolute Mehrheit im Landesrate wiederum bringen muß.

Uns kann nur eine maßvolle Politik der Mitte Nutzen bringen; eine einseitige Rechts- oder Linkspolitik ist schädlich und begünstigt stets das Aufkommen der Extreme. Die Saar-Zeitung vertritt seit mehr als einem halben Jahrhundert mit Entschiedenheit die Politik der Mitte und des Ausgleichs, wie sie auch das Dillinger Tageblatt verfolgt. Sie sieht diese Politik glänzend gerechtfertigt. Diese Politik ist die Politik der Zentrumspartei, der christlichen Volksparteien, die bewährt zur deutschen Volksgemeinschaft steht und fest entschlossen ist, die Grundsätze des Christentums in Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und Kultur zu verwirklichen. Die Bevölkerung des Saargebietes, unverdeutsch, will keine Unruhe und keine Abenteuer, sie sieht nur in einer zielbewaren christlich-nationalen Politik die sichere Gewähr für eine bessere Zukunft, die allein im festgefügten Rahmen des Deutschen Reiches möglich ist.

An unsere Bezieher und Leser richten wir die Bitte, unsere Arbeit zu unterstützen, indem wir

der „Saar-Zeitung" und dem „Dillinger Tageblatt"

die Treue bewahren,
neue Bezieher zuführen,
geeignete Adressen für die Werbearbeit mitteilen.

Parteiarbeit.

Der Vertrauensmann in der Partei

Nachdem die Parteiarbeit mitunter der Zentrumsmann vielleicht, aber wie es vielfach der Fall war, ganz gewiß nur, gelitten ist, wurde in den Vertrauensleuten die Partei wieder derart aktionsfähig zu machen, daß sie für die bevorstehende Wahl einen vollen Erfolg verbürgt. Dazu ist notwendig, daß diesenhaben die die Parteiorganisation nach jeder Richtung hin einer Prüfung unterzogen und überall da, wo Schäden und Fehler vorgefunden werden, für eine sofortige Beseitigung der entdeckten Mängel Sorge getragen wird. Leider wird es nur allzu viele Orte geben, wo man einer Parteiorganisation überhaupt keine Sorge kein kann, sondern wo man sich darauf beschränkt, kurz vor den Wahlen einige Wochen vor der Partei und einer Parteiorganisation zu rühren, um dann nach vollzogener Wahl ebenso schnell wieder die sogenannte Organisation der Vergessenheit anheimfallen zu lassen. Wie verderblich nicht nur für die Partei, sondern damit letztverständlich für die gesamten Belange des katholischen Volkes sich eine solche politische Gleichgültigkeit auswirkt, haben wir schon oft genug in Wahlziffern erfahren müssen und werden es erst recht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, wenn erst einmal eingetreten, erfahren müssen. Schon die nächsten Landesratswahlen werden es zu Tage bringen, wie ferne gewisse Gleichgültigen erheben wird, große Anforderungen stellen, bevor sie sich gemeinschaftlich wird, wenn sie über eine Mehrheit und große Organisation verfügt. Es gilt heute